

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

12.7.1929 (No. 159)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassarabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksheftblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

* Poincaré stellt sich der Kammer

Die große Aussprache über die Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens (Abkommen Mellon-Berenger) hat gestern in der französischen Kammer begonnen. Poincaré hat dabei den Standpunkt des Kabinetts in einer Weise präzisiert, die den Eindruck erwecken muß, daß er fest entschlossen ist, mit der Ratifizierung zu stehen oder zu fallen. Mit großer Eindringlichkeit hat er die vertragliche Situation geschildert und der Kammer klargemacht, daß alles Bedauern über das Fehlen von irgendwelchen Vorbehalten an der Sachlage absolut nichts ändern könne, daß vielmehr, wenn Frankreich weiterhin renitent bleibe, die Gläubiger ihm nur noch Erschwerungen auferlegen könnten. „Man befindet sich eben genau in derselben Lage wie die andern Schuldnationen.“

Das ist eine sehr interessante Feststellung, die allerdings zutrifft, und gleichzeitig manches erklärt, was in den letzten Tagen über Briand's neue Pläne einer Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ bekanntgeworden ist. Wir werden morgen noch auf dieses Thema zurückkommen. Schon heute kann jedoch gesagt werden, daß die Idee Briand's gewiß nicht aus sentimentalen Erwägungen heraus entstanden ist, sondern aus dem Wunsch, den Nordamerikanern zu zeigen, daß Frankreich, wenn man es nicht sehr freundlich und sanftmütig ansieht, wirtschaftlich und politisch ein sehr unangenehmer Gegner werden kann.

Jedenfalls hat Poincaré in der Kammer den einzig möglichen und korrekten Standpunkt eingenommen, indem er mit Entschiedenheit die Ratifizierung des Schuldenabkommens fordert. Dabei hat er betont, daß eine faktische Verbindung zwischen Reparationen und französischen Schulden doch durch den Youngplan bewirkt worden sei. Trete dieser Plan in Kraft, so würden ja die Zahlungen Deutschlands auf dem Umwege über die Internationale Reparationsbank direkt nach Washington geleitet werden. Wenn die Kammer aber noch formelle Vorbehalte wünsche, so müsse das Kabinett erwarten, daß diese Vorbehalte eine Formulierung erfahren, die es Amerika und England möglich machen, die Ratifizierung anzunehmen.

Poincaré hat dann der Kammer geschildert, was geschehen würde, wenn Frankreich nicht ratifiziert. England würde Protest erheben, aber auch Deutschland. Denn Deutschland brauche nicht an Amerika zu zahlen, wenn das Abkommen mit Amerika nicht ratifiziert wird. Man solle doch die Lage Frankreichs nicht unnötig erschweren. Er (Poincaré) wisse, daß man das Kabinett stützen wolle. Aber was wäre dadurch gewonnen? Nichts! Ein anderes Kabinett würde vor derselben Entscheidung stehen.

Die Kammer Sitzung verlief gestern teilweise recht dramatisch. Poincaré ließ sich dadurch nicht beirren und vertrat seine und des Kabinetts Auffassung noch in einer zweiten Rede. Heute wird die Debatte fortgesetzt. Man rechnet damit, daß Poincaré doch noch seinen Willen der Kammer aufzwingen wird.

Inzwischen ist der Streit um den Tagungsort der großen Reparationskonferenz der Staatsmänner weitergegangen. Das britische Kabinett blieb zunächst bei seiner Empfehlung Londons. Und Poincaré widersprach dem. Von vornherein haben wir die Auffassung vertreten, daß Macdonald kaum in dieser Frage intransigent bleiben werde. So wichtig ist sie schließlich nicht, daß deshalb ein offener Konflikt heraufbeschworen werden sollte. Wie es heißt, ist jetzt Luzern in der Schweiz als Verhandlungsort vorgeschlagen worden, und Macdonald soll geneigt sein, diesem Vorschlag zuzustimmen. Da man sich über die andern verhandlungstechnischen Fragen im wesentlichen bereits einig hat, dürfte dann der Einberufung der Konferenz nichts mehr im Wege stehen.

Besuch eines russischen Flugzeuggeschwaders in Italien

BB. Konstantinopel, 11. Juli. (Reuter) (Tel.) Die Sowjetregierung hat die türkische Regierung ersucht, einem russischen Flugzeuggeschwader die Ermächtigung zum Überfliegen des Bosporus und der Dardanellen zu geben, damit es Italien einen Besuch abstatten könne. Es handelt sich um einen Gegenbesuch im Zusammenhang mit dem neulichen Fluge eines italienischen Seeflugzeuggeschwaders im Schwarzen Meer.

Letzte Nachrichten

Ehrenpreis des Reichspräsidenten für das Schweizer Bundesschwimmen

BB. Bern, 12. Juli. (Tel.) Der deutsche Gesandte Dr. Müller hat dem schweizerischen Bundespräsidenten, Dr. Gaab, im Auftrage des Reichspräsidenten von Hindenburg einen von diesem gestifteten Ehrenpreis für das eidgenössische Bundesschwimmen überreicht und gebeten, die Gabe an den Festausschuß weiterzuleiten. Der Ehrenpreis besteht in einer von der Preuß. Porzellanmanufaktur hergestellten ausgezeichneten Nachbildung der Reiterstatue „Die Amazone“, von Prof. Louis Tuillon.

Die Grundlagen zu den Vereinigten Staaten von Europa

BB. Paris, 12. Juli. (Tel.) Zu dem Plane Briand's, Ende dieses Jahres eine Konferenz einzuberufen, auf der die Grundlagen zu den Vereinigten Staaten von Europa gelegt werden sollen, bemerkt „Matin“: Der Gedanke an eine europäische Föderation, der so oft in der Vergangenheit zum Ausdruck gekommen ist, ist in den letzten Jahren durch eine Reihe von Vereinigungen propagiert worden. Von größter Wichtigkeit ist, daß die Regierungen selbst sich damit befassen wollen, und daß, wenn die Nachkriegsprobleme in diesem Sommer gründlich geregelt werden, das Studium einer Föderation in den letzten Monaten des Jahres in Angriff genommen werden könnte. Auf wirtschaftlichem Gebiete würde in Frage kommen, die europäischen Märkte sowohl für die Erzeugung als auch für den Verbrauch zusammenzufassen; in finanzieller Hinsicht würde man die Hilfsquellen des europäischen Kontinents zusammenfassen müssen, um sie für Kredite, die als nützlich erkannt seien, zu verwenden; politisch endlich werde es sich darum handeln, die Sicherheit durch die Organisation einer internationalen Wehrmacht zu gewährleisten.

Die deutsch-belgischen Marktverhandlungen

BB. Brüssel, 12. Juli. (Tel.) Nach Blättermeldungen ist gestern ein Abkommen zwischen den deutschen und belgischen Unterhändlern über die Frage der Vergütung für die in Belgien verbleibenden Marktverträge erzielt worden. Der Kabinettsrat, der heute nachmittag abgehalten wird, wird zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung nehmen können. Die „Soci“ hierzu meldet, wird es indessen erforderlich sein, daß auch die in Berlin in der Seawarfrage geführten Verhandlungen gleichfalls zum Abschluß gelangen. Es handelt sich dabei um die Annahme der Empfehlung des Youngplanes, wonach die Liquidierung des deutschen Eigentums in Belgien eingeleitet werden soll.

Vor einem Abbruch der französisch-italienischen Verhandlungen?

BB. Paris, 12. Juli. (Tel.) „Echo de Paris“ und „Peuple“ berichten übereinstimmend, daß die seit langem geführten französisch-italienischen Verhandlungen offenbar vor dem Zusammenbruch stehen. Im Herbst vorigen Jahres, so bemerkt „Echo de Paris“, habe die französische Regierung Italien Vorschläge über die Festlegung der Südgrenze Libyens und das Statut der Italiener in Tunis gemacht. Frankreich habe eine ziemlich weitgehende Grenzberichtigung in Libyen angeboten, durch die Italien in den Besitz von zwei Oasen gekommen wäre, und für die Italiener in Tunis habe Frankreich die Anwendung des englischen Systems in Malta mit einigen vorteilhaften Änderungen vorgeschlagen. Die Antwort Rom sei noch nicht eingetroffen, aber nach einzelnen Auskünften werde sie wohl nicht günstig ausfallen. In Tunis müßte die faschistische Regierung zweifellos einen Staat im Staate aufrechterhalten und, was die Südgrenze von Libyen anbetrifft, so fordern sie eine förmliche Annexion von Gebietsanteilen. Die italienischen Blätter deuteten an, daß lebhaft ein italienisches Mandat Rom abhalten könne, seine hierauf bezüglichen Forderungen geltend zu machen. Die obengenannten Blätter treten dafür ein, daß der Freundschaftsvertrag, den Frankreich mit Italien abschließen wollte, die geforderten Opfer nicht lohne.

Hoover gegen zu hohe Schutzzölle

BB. Washington, 11. Juli. (Reuter) (Tel.) Präsident Hoover hat heute den extremen republikanischen Anhängern eines hohen Zolltariffes einen deutlichen Wink gegeben, ihre Forderungen zu mäßigen. Auf einer Konferenz von mehreren führenden Vertretern der Schutzollpolitik, an der auch die Senatoren Watson und Reed teilnahmen, führte der Präsident aus, man müsse den Maßstab „angemessenen Schutzzölle“ zur Anwendung bringen. Hoover soll ferner bemerkt haben, daß er ein „gesundes und vernünftiges“ Gesetz wünsche. In Washington wird angenommen, daß die Republikaner, die im Finanzausschuß des Senats die Mehrheit haben, die Verschärfung des Repräsentantenhauses abzuändern versuchen werden.

Rumänien stimmt dem Youngplan nicht zu. Rumänien hat den Regierungen in Paris, London und Rom mitgeteilt, daß es der auf Grund des Youngplans vorgesehenen Verteilung der Annuitäten nicht zustimmen könne.

Glücksspiele in Kurorten

Von Minister A. Kemmele

Seit einigen Monaten wird von Baden-Baden aus eine starke Propaganda für die Wiedereinführung des Glücksspiels in den Kurorten entfaltet. Man erhofft sich aus diesem Spiel ein großes geschäftliches Ergebnis zugunsten des Kuretat's und damit zur Entlastung der Finanzen der Kurstädte. Der deutsche Bäderverband hat im Februar d. J. dem Reichstag eine Eingabe zugeleitet, in welcher er gegebenermaßen Grundlagen für die Wiedereinführung der Glücksspiele in Kurorten forderte. Solange der Handel an den Börsen und das Lotteriespiel gekehrt erlaubt seien, könnten — so wird argumentiert — auch gegen das Glücksspiel sittliche Bedenken nicht geltend gemacht werden. Schließlich wird auch noch erklärt, die Frage des Glücksspiels sei eine eminent politische, und man müßte deshalb bei den maßgebenden Parteien darauf drängen, daß sie sich für dasselbe einsetzen.

Diesen Bestrebungen widersetzte ich mich, soweit es dienstlich erforderlich war, bisher mit allem Nachdruck. Alle für die Einführung des Glücksspiels vorgebrachten Gründe vermochten mich von meiner ablehnenden Stellung nicht abzubringen. Vor allen Dingen erscheint mir die Art und Weise, wie man die mit dem Glücksspiel verbundenen sittlichen Gefahren und die Gefährdung der allgemeinen Moral einschätzt, recht brüchig. Das in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts geführte Ringen um die Beseitigung der Spielbanken stellt sich bei näherem Zusehen doch anders dar, als die aus Baden stammenden Korrespondenzen zugeben wollen. Dieser mehrere Jahrzehnte dauernde Kampf nahm zeitweise das ganze Interesse des Volkes in Anspruch. Schon im Jahre 1822 klagte Gotta in den „Korrespondenz-Nachrichten“:

„Baden, das lieblichste Bad, durch seine schöne Natur, würde auch das angenehmste im geselligen Verkehr sein, wenn diese unzähligen Spiele nicht beständen, ... und der Unfug, der die Gesellschaft nährt, das Hazardspiel.“

Es vergingen in der Folgezeit keine Sitzungsperioden der Landstände in Karlsruhe, in welchen nicht über die empörende Verdorbenheit und ungläubliche Verirrung, die mit diesem Spiel bald mittelbar, bald unmittelbar in Verbindung standen, lebhaft Klage geführt wurde. In der öffentlichen Sitzung des Landtags vom 9. Dezember 1843 führte Freiherr von Anblaw u. a. aus, es gäbe keine größere Leidenschaft, als die des Spieles, und beinahe kein Verbrechen, das nicht im Schoße des Spieles zur Reife käme. Der vollendete Spieler verliere allmählich jeden Sinn für alles Höhere, er höre auf, Sohn zu sein, er sei nicht Vater, nicht Gatte, nicht Freund, nicht Bürger, sondern nur Spieler. Dringe man in das Innere der Familie von Spielern und lerne man in dieser die schuldlosen Opfer des Spieles und den Fluß der Verzweiflung kennen, dann schweige sehr schnell die Verteidigung des Spiellasters.

Die Ausrede, wenn man das Spiel nicht öffentlich zulasse, werde es im Geheimen getrieben, vor allem aber im Ausland, und es würden damit die deutschen Bäderorte geschädigt, spielte auch schon vor 100 Jahren eine nicht unbedeutende Rolle. Auf sie gab Freiherr von Anblaw gleichfalls eine Antwort, indem er die Menschen schilderte, welche die Spielbanken frequentieren. Einmal seien es Leute, die dem Spielteufel verfallen und das andere Mal solche, die ein gewisser Instinkt immer dahin ziehe, wo sich das Laster breit macht und wo sich dann mit anderen Lastern reiche Beute erzielen läßt. In den Kreis dieser sittlich verwahrlosten Menschen würden dann die Kurgäste und vor allem die einheimische Bevölkerung hineingezogen. Ein Staat, der festlich geschmückte Stätten, Hallen der Lust und Spiele dulde oder gar einrichte, um aus dem Laster Verdienst zu ziehen, bringe sich um seine sittlichen Grundlagen. Ein Staat, der mit den Steuererträgen aus der Hände Arbeit des Volkes allein nicht mehr leben könne und daher es für moralisch gerechtfertigt halte, aus den Lastern der Menschen Steuererträge zu gewinnen, spiele um seine Existenz. In dem Bericht der Budgetkommission der Ersten Kammer zum Budget der Badeanstaltenverwaltungen für 1862 und 1863 ist sehr interessant nachzulesen:

„Ehe die Kommission zur Prüfung des Budgets Schritt hielt, sie sich verpflichtet, ebenso wie solches in der Zweiten Kammer geschehen war, die Vorfrage einer Prüfung

zu unterwerfen, ob und wie lange der Ertrag des Spielpachtes in Baden als Einnahmequelle beizubehalten sein werde.

Diese Frage war schon auf den drei Landtagen 1844, 1846 und 1848 Gegenstand eingehender Erörterungen... jedesmal veranlaßt durch Motionen eines früheren Mitglieds derselben (Freiherr von Andlaw), über welche der Berichterstatter der Kommission vom Jahre 1844, Staatsrat Hebenius, sich dahin äußerte:

„man müsse dem Antragsteller sich verpflichtet fühlen für seine aus edler Gesinnung und glühendem Gefühle für die sittliche Wohlfahrt des Landes hervorgegangene Anregung einer Frage, die eine höhere Seite unserer Vaterlandsliebe anschlage.“

Damals wie schon früher wurde die großherzogliche Regierung aufgefordert, bei allen deutschen Staaten auf Abschaffung der Spielbanken hinzuwirken. Auf Befehl des Großherzogs mußte die Bundestagsgesandtschaft bei der Bundesversammlung in gleicher Richtung wirksam werden. Im Jahre 1848 beschloß der Landtag eine Adresse an den Großherzog, in welcher dieser „ehrfurchtsvollst“ gebeten wurde, zu befehlen, daß die öffentlichen Spielbanken in der Stadt aufgehoben und die Bundestagsgesandtschaft beauftragt werde, unter Anzeige hiervon bei der Bundesversammlung den Antrag auf Unterdrückung der öffentlichen Spielbanken im ganzen Umfang der deutschen Bundesstaaten zu stellen.

In der Tat folgte auch bald ein solches Verbot, aber schon im Sommer 1849 wurde die Spielbank wieder eröffnet. Ruhe kehrte nicht ein. Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre haben dann auch Preußen und Bayern gegen die Spielbanken ein generelles Verbot erlassen, Bayern hob sogar die Lotterien auf, obgleich es damit nicht unbedeutende Einnahmen verlor. Weil nun aber das Glücksspiel in den kleineren Ländern weiter ging, konnten Preußen und Bayern auch nicht zu ihrem Verbot stehen, bis dann allgemach in ganz Deutschland eine Unterdrückung aller öffentlichen Spielbanken auf 1. Juli 1868 heranreife. Die Baden-Badener Spielbank behauptete sich noch bis zum 31. Oktober 1872.

Als die Erste Kammer am 20. Juni 1862 einen Kommissionsantrag annahm, der, da das öffentliche Casardspiel in ganz Deutschland aufgehoben war, die Spielpacht in Baden mit Ablauf der Pachtzeit im Jahre 1870 nicht mehr erneuert wissen wollte, erklärte sie öffentlich, daß es das sittliche Gefühl eines jedes Vaterlandsfreundes betrübe und verletze müsse, wenn eine Einnahmequelle in dem — nach bekannten Gesetzen verbotenen — Casardspiel gesucht, also gewissermaßen von den Folgen der verderblichen Leidenschaft des Spiels ein Vorteil gezogen werden soll. In einem Bericht der Budgetkommission der Zweiten Kammer zum Budget der Badensanwaltschaft für 1870 und 1871 ist zu lesen, es hätten sich seit dem Jahre 1843 fast alle Landtage mit der Frage der Beseitigung der Spielbanken beschäftigt.

„Die Sorge für das materielle Gedeihen der Stadt Baden, welche sich zum Range des bedeutendsten Kurortes in Europa emporgeschwungen hat und der unleugbare Zusammenhang, in welchem die Blüte dieser Bäderstadt mit der Fortexistenz des Glücksspiels steht, veranlaßt die Zweite Kammer wiederholt, den Weg des allmählichen Übergangs einzuschlagen.“

Es sollte also nicht durch plötzliches Aufheben des Spiels diese Stadt in ihrer Erwerbsquelle allzuschwer geschädigt werden, damit sie auch fernerhin ohne Casardspiel ihren Ruf als Kurort ersten Ranges behalten könne. Für die Schließung der Spielbank trat die ge-

nannte Kommission jedoch entschieden und einstimmig ein, nachdem festgestellt, daß auch die Spielbanken in Ems und Wiesbaden ihre Tore schließen müßten.

Sollen nun alle diese Erfahrungen, diese von unseren Vorfahren geführten Kämpfe für und gegen die Spielbanken wiederum und aufs neue gemacht und geführt werden? Das ist die Frage, die man bei ruhiger Überlegung zu stellen hat. Vergewärtigen wir uns, wie wenig Bedeutung im Staatsleben vor 100 Jahren der vierte Stand, ja selbst der dritte Stand, das Bürgertum, hatte, und wie sehr jetzt die öffentliche Meinung von der Stellungnahme der Erwerbstätigen zu gewissen öffentlichen Fragen beeinflusst wird, dann können wir auch einigermaßen beurteilen, wie wenig es heute möglich ist, daß in unseren Badeorten eine dünne Schicht von motorischen Faulenzern sich breit machen kann. Was in Monaco oder in sonstigen südfranzösischen Spielorten tragbar erscheint, ist in unseren dichtbesiedelten Badeorten mit einem ausgedehnten Fremdenverkehr einfach undenkbar. Es erscheint im höchsten Maße an der Zeit, daß breitere Volksschichten sich gegen die Propaganda für die Spielbanken erklären. Was Krieg und Inflation an Vernichtung der allgemeinen Volksmoral zuzugebracht haben, sollte als warnendes Exempel genügen. Auf das Konto Volksmoral läßt sich nicht noch weiter sündigen.

Wie steht es mit den Räumungsabsichten

Der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ hat bei dem städtischen Besatzungsamt in Koblenz erfahren, daß die Rekruten für die in der zweiten Zone liegenden französischen Regimenter, die in den früheren Jahren Anfang Juli eingeteilt wurden, in diesem Jahre nicht eingetroffen sind, während die alten Mannschaften in die Heimat entlassen wurden. Das gleiche wird für das in Bad Ems liegende Inf.-Bataillon vom dortigen Bürgermeisteramt bestätigt. Die Regimenter in der zweiten Zone haben also nur noch den halben Mannschaftsbestand. Dagegen ist die Zahl der Offiziere nicht verringert worden.

Diese Tatsachen bilden anscheinend den Untergrund für die immer wieder auftauchenden Kombinationen über eine vorzeitige Räumung der zweiten Zone. Dazu kommt, daß in der nächsten Zeit ein in Koblenz liegendes Infanterie- und ein Artillerieregiment aufgelöst werden. Dies aber hat an sich mit einer vorzeitigen Räumung nichts zu tun, sondern hängt mit der allgemeinen Umorganisation des französischen Heeres zusammen. Im übrigen verbleiben in der Garnison Koblenz, auch wenn die beiden Regimenter aufgelöst werden, immer noch etwa 4000 Mann Besatzung. Als einzige erfreuliche Tatsache steht also nur fest, daß sich die Franzosen ernstlich auf die Räumung der zweiten Zone bis zum 10. Januar 1920 einrichten, und daß die Räumung dieser Zone zu diesem durch den Vertrag von Versailles bestimmten Termin von ihrer Seite mehr in Frage gestellt wird. Gegenwärtige Anzeichen aber dafür, daß die Räumung schon bis zum 1. September dieses Jahres durchgeführt würde, liegen bei keiner deutschen amtlichen Stelle vor. Ferner wird vom städtischen Besatzungsamt mitgeteilt, daß die Freigabe von Besatzungswohnungen im ersten halben Jahre 1920 sich genau in dem gleichen Rahmen wie in früheren Jahren gehalten hat, so daß auch daraus keine vorzeitigen Schlüsse gezogen werden können. Anders steht es mit der dritten Zone. Anzeichen irgendwelcher Vorbereitung zur Gesamträumung des besetzten Gebietes liegen bisher nicht vor.

Die französische Delegation für die Regierungskonferenz

wird dem „Temps“ zufolge bestehen aus Ministerpräsident Poincaré, Außenminister Briand, Finanzminister Cléroux und dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, sowie dem Generalsekretär des Außenministeriums, Philippe Berthelot.

Keine Annexionserweiterung. Der französische Ministerrat hat sich gegen eine Erweiterung der Annexion für Elsaß-Lothringen ausgesprochen.

Die ersten Startversuche des Dornier-Miesenflugschiffes

W.B. Friedrichshafen, 12. Juli. (Tel.) Wie die A.-G. für Dornier-Flugzeuge in Altenrhein (Schweiz) mitteilt, ist das Miesenflugzeug „DO. X“ heute vormittag aus seiner am Bodensee gelegenen Bauhalle zu Wasser gebracht worden. Im Laufe des Tages sollen mit dem Flugzeug die ersten Probezüge unternommen werden.

W.B. Friedrichshafen, 12. Juli. Über den erfolgreichen Beginn der Probezüge mit der „DO. X“ erhalten wir folgende ergänzenden Meldungen: Dr. Dornier hatte am Donnerstagabend der Werk in Altenrhein die Anweisung erteilt, heute früh mit den ersten Versuchen mit dem Flugschiff zu beginnen. Er selbst war heute früh mit einem Stab von Mitarbeitern nach Altenrhein hinübergefahren und beobachtete von einem Motorboot aus den um 7.45 Uhr erfolgenden Stapellauf der DO. X, der unter den brausenden Zurufen der Werkbelegschaft vor sich ging. Bei herrlichem Sonnenschein gingen dann die Probezüge von statten, die die außerordentlich gute Manövrierfertigkeit des riesigen Flugschiffes vor Augen führten. Die Kurven, die die „DO. X“ zog, waren enger, als man es selbst bei dem sehr gut manövrierenden Dornierboot gewohnt ist. Manchmal hatte es den Eindruck, als ob die „DO. X“ buchstäblich auf der Stelle drehe. Um 9.40 Uhr begann der erste Start. Unter dem Donner seiner 12 Motoren raste das Flugschiff mit riesiger Flugweite über das Wasser dahin. In der erstaunlich kurzen Zeit von 30 Sekunden hob sich der im Sonnenschein silbernen glänzende Miesenboge unter den Jubelrufen der an den Ufern stehenden ein Stück in die Luft, um dann nach kurzer Zeit wieder glatt auf das Wasser hinabzugeben. In wenigen Minuten folgten hintereinander noch ein zweiter und dann ein dritter Start, der jedesmal das gleiche günstige Ergebnis hatte. Auf ausdrückliche Anweisung von Dr. Dornier sollte zunächst nur das Abheben des Flugschiffes vom Wasser versucht, aber noch nicht ein eigentlicher Flug durchgeführt werden, da vorerst die Motoren sich einlaufen und die Steuerorgane usw. sich einspielen sollen.

Als nach Beendigung der drei Startversuche die „DO. X“, von einem Motorboot gezogen, wieder in die kleine Bucht an der Werk in Altenrhein einlief, wurde sie von den Tausenden, die sich inzwischen an den Ufern angesammelt hatten, und von den Inassen der das Flugschiff umreisenden Motorboote mit stürmischen Hochrufen begrüßt.

Die Wiederaufnahme der englischen Beziehungen zu Rußland

Die englische Regierung wird, wie verlautet, noch in dieser Woche die ersten Schritte zur Inangriffnahme des gesamten Apparates normaler Beziehungen ergreifen, der sich aus der Anerkennung Sowjetrußlands ergibt, indem sie der russischen Regierung eine entsprechende Benachrichtigung zukommen läßt. Man hofft, daß bereits gegen Ende des Monats sich schon ein Vertreter Rußlands in London befinden wird, um mit dem Staatssekretär des Auswärtigen, die zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen in direktem Gedankenaustausch zu erörtern, und man hofft ferner, daß bei diesem Gedankenaustausch eine zufriedenstellende Einigung erzielt wird.

Ein Geschenk Preußens an den Papst. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Gesandte beim Vatikan am 11. d. M. dem Papst aus Anlaß seines 50-jährigen Priesterjubiläum im Namen der preussischen Staatsregierung ein Exemplar der in Heidelberg befindlichen Manes'schen Handschrift der deutschen Minnesänger überreicht.

Ein deutscher Zeitungsredakteur ausgewiesen. Der Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ in Belgrad, wurde zum Chef der polnischen Polizei gerufen, wo ihm mitgeteilt wurde, er hätte in einem Zeitraum von drei Tagen das Land zu verlassen. Als er nach den Gründen fragte, wurde ihm gesagt, seine Ausweisung erfolge wegen des Artikels im Morgenblatt des „Berliner Tageblatt“ vom 15. Juli 1920, mit der Überschrift „Die Massenmordtätigkeit auf dem Balkan“. Nähere Angaben wurden abgelehnt.

Oberregierungsrat Arndt wieder auf freiem Fuß. Oberregierungsrat Arndt aus Gelsenkirchen, der von den polnischen Behörden unter Spionageverdacht verhaftet worden war, weil er die deutschen Kriegsgräber in Kielece photographiert hatte, ist wieder auf freiem Fuß gesetzt worden, nachdem der alte Herr, der über 60 Jahre zählt, 5 Tage verhaftet war, konnte auf die mehrmalige Intervention der Gesandtschaft hin seine Anschuldung festgestellt werden.

Rückblick auf die Konzertsaison 1928/29

In einer Zeit, in der die ernste Kunst schwer um ihre Existenz kämpfen muß, ist es begreiflich und kein Wunder, daß auch ein gesundes musikalisches Leben nirgends mehr recht gedeihen will. Überall fühlt sich der Konzertbetrieb in seinem Fortbestand bedroht, und es ist geradezu tragisch, daß vor allem die seriösen Vorträge ernst zu nehmender Künstler nur ganz selten noch den wünschenswerten Zuspruch finden und meist vor fast leeren oder wenig besetzten Stuhlsreihen vor sich gehen müssen.

Auch hier in Karlsruhe, dem geistigen Zentrum des Landes, machen sich die trüben Unterströmungen, die gegen eine gedeihliche Musikultur anspülen, stark geltend, und ein Rückblick auf das vergangene Konzertjahr hat leider abermals mit der Feststellung zu beginnen, daß das örtliche Musikleben noch lange nicht in sein früheres, so vornehm ruhiges Fahrwasser geraten scheint. Zwar standen der Zahl nach die öffentlichen Betätigungsmöglichkeiten im letzten Winter hinter dem Vorjahr kaum merklich zurück, aber die Ausbeute an wirklichen Werten war zweifellos geringer. Insbesondere war eben auch hier der zunehmende Mangel an guten Solistenkonzerten wiederum ein deutliches Zeichen dafür, daß alle Veranstaltungen, bei denen auswärtige wie einheimische Kräfte nicht für festes Honorar verpflichtet werden konnten, einem zu großen finanziellen Risiko unterworfen blieben, und das ward z. B. Stuttgart gegenüber, das als Musikstadt von Tradition bis vor kurzem keineswegs viel mehr geachtet und geschätzt wurde, zum sehr entscheidenden Nachteil, insofern hier auswärtigen bedeutenden Künstlern nicht einmal als Äquivalent für ein evtl. schlecht bezuchtes eigenes Konzert eine Übertragung im Rundfunk zugesichert oder wenigstens dort eine Mitwirkung vermittelt werden konnte. Daher kam es, daß künstlerisch leistungsfähige, aber wirtschaftlich schwache Konzertgeber den Weg hierher überhaupt nur noch vereinzelt fanden, während andererseits die Konzertagentur, die sich jahrelang hauptsächlich mit dem Arrangement solcher Solistenkonzerte beschäftigte, ihren Betrieb ganz einstellen mußte.

Abgesehen von diesen, zum großen Teil übrigens in der gegenwärtigen Notlage weiter Musikfreier begründeten Mifftänden darf jedoch wohl auch auf die Tatsache hingewiesen werden, daß Karlsruhe eben eine mittlere Stadt ist, die mit

ihren 150 000 Einwohnern auf die Dauer unmöglich den Überfluß an musikalischen Darbietungen aufzunehmen vermochte, der in den letzten Jahren sich neben den sogenannten „offiziellen“ Konzerten ausbreitete. Wir erlebten innerhalb der Saison immerhin 10 Abonnementskonzerte, sechs Volks-sinfoniekonzerte, mehrere Jugendkonzerte, dann verschiedene Morgenfeiern der Hochschule für Musik und außerdem eine zu einem Kammermusikfest zusammengegliederte Serie von Quartettabenden, alles Veranstaltungen, die sich einer recht lebhaften Frequenz erfreuten, und die im Grunde mit den regelmäßigen Aufführungen der Chorgemeinschaft und der großen Männerchöre sowie zusammen mit den vom Instrumentalverein oder vom akademischen Orchester inszenierten Abende vollaus genügen würden, den Konzerthunger zu stillen, soweit das nicht schon durch die internen Feiern vieler Gesellschaften geschieht, die ja bei ihren Mitgliedern ebenfalls ziemlich großes Interesse für Konzertmusik voraussetzen und dementsprechend dafür einen großen Teil ihrer Vortragssolgen heute stets zu reservieren pflegen.

Damit ist nun zugleich das Positive am Entwicklungsgang, den die musikalische Kunst im verflochtenen Jahr eingeschlagen hat, angedeutet: Nichts es einerseits auch mitunter an der nötigen Initiative fehlen und an frischem Impuls, so boten doch andererseits die vorgenannten Organisationen eine gewisse künstlerische Garantie und waren trotz des Mangels an aktueller Konkurrenz, und obwohl auch sie gegen früher in einem engeren finanziellen Rahmen eingespart waren, redlich bemüht, ihr Publikum mit bestem musikalischen Gut vertraut zu machen. An der Spitze standen natürlich die Sinfoniekonzerte des Landesoperndirektors, die bis zum Schluß gleichbleibend starken Besuch aufwiesen und außer der Hinzuziehung namhafter Solisten in buntem Wechsel spiel ältere und neuere Musik, ja sogar einige Uraufführungen (Weismann, Steidel u. a.) brachten. Keinade gleichwertig zählten zum festen Bestand der Saison die Volks-sinfoniekonzerte, bei denen ebenfalls Komponisten verschiedenster Richtungen zu Wort kamen, und so wie diese ihren regelmäßigen Hörern allmählich eine weite Übersicht des musikalischen Schaffens von der Vergangenheit bis zur Gegenwart brachten, suchten endlich noch die Jugendkonzerte die heranwachsende Generation für Schöpfungen klassischer und romantischer Datums zu begeistern. Solcher Fülle von Arbeitsenergie — in der Hauptsache an die Namen der beiden Diri-

genten Krips und Schwarz geknüpft, aber von der tüchtigen Musikerkar auch unter der Gastdirektion Felix von Weingartners bestätigt — stand das kammermusikalische Geschehen nicht nach, an dem in der Hauptsache das Kammerorchester des Bad. Konservatoriums, mehrere Beiräte dieses Instituts sowie einige hier gern gesehene auswärtige Quartettvereinigungen teilhatten. Es wurde freilich zu weit führen, davon Einzelnes herabzugeben; noch weniger kann dies bezüglich aller anderen Veranstaltungen geschehen, von denen nur der Gesangsabend Umberto Urbanos als besonderes Ereignis erwähnt sei.

Im übrigen schloß das Musikjahr mit zwei für die zukünftige Gestaltung des lokalen Musiklebens außerordentlich wichtigen Entscheidungen. Die eine betrifft zunächst die Gründung einer Chorgemeinschaft, wodurch die Landeshauptstadt, nachdem auf diesem Gebiet Jahre hindurch alles Konkret im Dunkeln lag, wieder einen leistungsfähigen gemischten Vokalchor bekommen hat, der künftig die Abhaltung repräsentativer Musikfeste — so ist für diesen Herbst ein Brudner-Fest vorgesehen, für nächstes Jahr die Vorbereitung zum Handel-Fest in Angriff genommen — in ihren Mauern gestattet. Jedenfalls erwies sich heuer die Wahl der Mattheusposition als würdige Karfreitageweibe, daß Bachverein und Lehrergesangsverein trotz der knapp bemessenen Probezeit sich unter Dr. Heinz Knoll hervorragend gut zusammengefunden haben. Nicht minder bedeutungsvoll ist jedoch die Erhebung des bisherigen badischen Konservatoriums zur staatlich anerkannten Hochschule für Musik, sowohl eine für die Ausgestaltung des Instituts selbst sehr opportune Tat wie auch eine der zielbewußtesten Förderung der lebenden Kunst im ganzen Land zweckdienliche Angelegenheit. Als praktische Folgeerscheinung ist außerdem festzustellen, daß der jetzige Direktor der Anstalt, Franz Philipp, sich mit Erfolg bestreht zeigt, die latente Ergebnislosigkeit und leichte Eintönigkeit, die bislang den üblichen Konservatoriumskonzerten anhafteten, zu bannen und sogar den Schüleraufführungen ein besonderes Gepräge zu geben. Dadurch gewinnt nicht zuletzt die bodenständige Musikpflege neue Triebkraft, mit der konsequenter Ausbildung und Durchführung solcher Ideen werden auch die Hörer zu verständigem Erfassen reproduktiver Leistung erogen und befähigt, nützliche Zerstreungen des Alltags von wahren Höhepunkten zu unterscheiden.

Kurze Nachrichten

Kommunistische Druckaufträge und ihre Folgen. Gegen Herstellung und Vertrieb von Schriften, die der kommunistischen Verberberung bei Reichswehr und Polizei dienen sollten, wurden nach dreitägiger Verhandlung vom 4. Strafgericht des Reichsgerichts der Buchdrucker Paul Kerner, sein Bruder, der in seinem Geschäft tätige Kaufmann Hans Kerner, und der Werkzeugmacher Franz Knitter, sämtliche aus Berlin, zu Geld- und Haftstrafen verurteilt, und zwar die Brüder Kerner wegen Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats zu 9 Monaten Festungshaft und 100 Reichsmark Geldstrafe, Knitter, der im Auftrage des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Schneller die Druckaufträge an Kerner übermittelte, zu 2 Jahren Festungshaft und 200 Reichsmark Geldstrafe, wobei die Geldstrafe und 5 Monate der Festungshaft auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Der mitangeklagte Hausdiener Bender, der bei der Expedition der fertige gedruckte Schriften gelassen hatte, wurde freigesprochen.

Keine englische Einreiselerlaubnis für Trozki. Der Staatssekretär des Innern gab im Unterhaus bekannt, daß die Regierung beschloß, Trozki die Einreiselerlaubnis nach England nicht zu gewähren. Die Mitteilung des Staatssekretärs wurde von der konservativen Opposition mit Heftigkeit begrüßt, während der Abg. Wedgwood an den Staatssekretär die Frage richtete, ob ihm bekannt sei, daß seinerzeit auch Garibaldi, Mazzini und Karl Marx die Erlaubnis erhalten hätten, nach England zu kommen. Darauf griff der Sprecher ein. Gleich darauf warf auch der Abg. Harris die Frage auf, ob es nicht auch eine allgemeine gültige englische Tradition sei, daß man das Asylrecht als eines der heiligsten Güter Englands ansehe. Der Sprecher lehnte es ab, weitere Fragen dieser Art zuzulassen.

Abnahme der Arbeitslosigkeit um 3 Proz. Nach den endgültigen Berichten der Landesarbeitsämter betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung am 30. Juni rund 723 000, also etwa 28 000 oder 8 Proz. weniger als Mitte Juni. Die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung haben ihren Stand vom 15. Juni ungefähr gehalten.

Freundschaftsvertrag Schweiz-Ägypten. Gegenstand des Beschlusses von König Fuad in der Schweiz sind auch die Besprechungen über den Abschluß eines Freundschaftsvertrages zwischen der Schweiz und Ägypten fortgesetzt worden. Bundesrat Motta und König Fuad haben besondere Unterhaltungen über diese Frage gehabt, durch die die Verhandlungen wesentlich gefördert worden sind.

Reichstagswahlen in Finnland. Das Ergebnis der Wahlen zum finnischen Reichstag stellt einen Sieg der Reichsbündler dar. Die bisher regierende Fortschrittspartei erlitt eine weitere empfindliche Niederlage. Der neue Reichstag tritt am 1. August zusammen. Im Anschluß daran wird vermutlich die gegenwärtige Regierung zurücktreten und die Bildung einer Agrarregierung erfolgen, da eine finnisch-bürgerliche Mehrheit nicht möglich ist.

Diktatur in Portugal. Die neue Regierung ist vereidigt worden. Der neue Ministerpräsident erklärte Pressevertretern, die Diktatur werde in Portugal solange dauern, als dies für die Durchführung des begonnenen Werkes notwendig sei. Von der Regierung würden alle Anstrengungen gemacht werden, um das Land und das Ansehen der Republik wieder in die Höhe zu bringen.

Badischer Teil

Minister Kemmele über die Reichsreform

Der badische Innenminister Dr. Kemmele veröffentlicht in der „Frankf. Zig.“ einen Aufsatz über das Thema der Reichsreform mit dem Titel „Preußen und die Länderkonferenz“. Er schildert zunächst die historische Entwicklung dieser Konferenz und schreibt dann:

„Zwei Unterabschlüsse wurden jetzt eingeseht. Der erste sollte zur territorialen Umgliederung des Reiches präzisere Vorschläge machen, der zweite bekam die Aufgabe, zu prüfen, wie die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern zu gestalten und wie neben der Eigenverwaltung der Länder die Auftragsverwaltung des Reiches in diesem aufzubauen sei. Die Vereinigung der in Berlin vorhandenen zwei Zentralregierungen sollte in einer Gesamtlösung des Problems verankert sein. Bei der ersten gemeinsamen Beratung dieser Unterausschüsse überzeugte man sich schnell, daß über die Umgliederung der Länder erst gesprochen werden könne, wenn feststehe, welche Aufgaben diesen definitiv verbleiben, welche gesetgeberischen Zuständigkeiten ihnen zukünftig unbestritten und unantastbar zustehen. Der erste Unterausschuß erhielt deswegen die Parole, zunächst Gewehr bei Fuß stehen zu bleiben, und im zweiten übernahmen einige seiner Mitglieder die Aufgabe, für die zukünftige Organisation der Länder und für die Zuständigkeitsverteilung in Verwaltung und Gesetzgebung Vorschläge zu machen.

So kam man nun zu dem kritischen Punkt. Meine Anregung, Deutschland in etwa 12 gleichgeartete und mit gleichen Hoheitsrechten ausgestattete Länder neu zu gliedern, erwies sich als unüberwindlich. Wohl war ich mir bewußt, daß die norddeutschen (neuen) Länder in einer, wenn auch losen Form, einem preussischen Staatsverband eingegliedert bleiben müßten, bis die Sicherung der deutschen Republik endgültig erreicht ist. Weizsäcker hatte ich mich leider, als ich dachte, solem Sicherungsbedürfnis könne mit der Übertragung der jetzt bestehenden einheitlichen preussischen Polizeiverwaltung und der preussischen Gerichtsbarkeit auf das Reich genügend Rechnung getragen werden. Die im Organisationsreferat gemachten Vorschläge laufen auf eine differenzierte Lösung hinaus. Neben den Ländern alter Art sollen solche neuer Art entstehen. Es läßt sich darüber streiten, ob letztere nach den Vorschlägen den Charakter staatsähnlicher Gebilde überhaupt haben. Sollen die neuen (norddeutschen) Länder ein Eigenleben führen, dann gehören ihnen auch weitgehende Selbstverwaltungsaufgaben übertragen auf allen Gebieten, wo dies ohne Schädigung der Reichsinteressen möglich ist. Die Dezentralisation der Verwaltungsaufgaben muß das Ziel der Reform sein, auch für die Länder alter Art, wenn sie den gegen sie wirkenden Ausschließungsprozeß abstoppen soll.

Im Zuständigkeitsreferat suchten wir diesem Ziel näherzukommen. Immer aber zeigte es sich, wie gering die Ausschüsse sind, die politischen Mächte in Preußen für die Reichsreform zu gewinnen, wenn es sich z. B. darum handelt, daß Hannover,

Niedersachsen, Rheinland, Ostpreußen und Schlesien zu vollen inneren Selbstverwaltungen gelangen, ohne unter sich mit Brandenburg fest verbunden zu bleiben. Von dem Ziel, um ein anderes Beispiel von mehreren herauszugreifen, Hessen mit Hessen-Nassau und Frankfurt a. M. zu einem leistungsfähigen Land zu gestalten, sind wir sonach noch weit entfernt. Soll dieses Land alter oder neuer Art sein? Soll es einen dritten Typ von Landesgestaltung darstellen? Wie wird es dann mit den Hansastädten zu halten sein? Soll für sie gar ein vierter Landestyp Geltung haben? Der Katalog für die Zuständigkeiten der Länder neuer Art im Referat Precht-Horion-Roch-Kemmele geht nämlich nicht weit über jenen hinaus, den die preussische Regierung im Jahre 1921 aus Anlaß einer beabsichtigten Verwaltungsreform für seine Provinzen aufgestellt hatte.

Angesichts dieser Sachverhältnisse konnte man auf die Beratung der Unterabschlüsse vergangene Woche über die ihnen vorgelegten Vorschläge gespannt sein. Das Referat des Herrn badrischen Ministerpräsidenten brachte keine Überraschung mehr. Es nahm gegen alle Vorschläge der übrigen Referate scharf Stellung. Für den Gedanken der Errichtung gleichmäßig durchgebildeter Länder im Norden wie im Süden erhob sich keine Stimme. Eine sogenannte kleine Reform, die sich lediglich auf die Verwaltungsreform, die Rechtsangleichung und auf die Vereinheitlichung der Verfahrensordnung beschränkt, fand auch keine Gegenliebe. Auf der Grundlage der differenzierten Lösung, wie sie in dem Gemeinschaftsreferat Precht, Horion, Roch und Kemmele zum Ausdruck gelangt, ging die Beratung des Unterausschusses vor sich, soll der weitere Verständigungsversuch unternommen werden.

Das erfreulichste Resultat dieser Verhandlung war in der Tatfrage zu erblicken, daß sich die aus dem Zentrum hervorgegangenen Ministerpräsidenten und Politiker positiv einstellten, wenn sie auch, wie dies bei der Schwierigkeit des Problems ganz natürlich ist, zu den einzelnen Vorschlägen Änderungsanträge vertraten. Willig ablehnend in der Schlussabstimmung verhielt sich nur der Vertreter Bayerns und der aus Bayern stammende Reichsminister. Härtester Stein des Anstoßes ist diesen die Auftragsverwaltung, von ihr fürchten sie die Auspönerung der Länderrechte. Dieser Widerstand hat sich jedoch nahezu aufgelöst, er spricht nicht mehr so arg.

Schwerer ins Gewicht fiel diesmal, was einzelne der preussischen Regierung nahestehende Gutachter zu sagen hatten. Die Forderung der preussischen Zentralgewalt zugunsten der Länder neuer Art sei für sie, so hören wir, sehr bedenklich. Auch die Idee, daß in Preußen neue Länder mit für ein Eigenleben erforderlichen Zuständigkeiten entstehen sollen, findet noch Widerspruch. Preußen ist eben mehr, als man gemeinhin weiß, zentralistischer Staat, und die in der Zentrale sitzenden Männer können sich nur schwer mit der Übertragung einer wirklichen Selbstverwaltung an die Provinzen und Kreise vertraut machen.

Die einer gesunden Entwicklung der Reichsreform entgegenstehenden gefährlichen Exponenten sind also nicht mehr so sehr in Bayern, sondern vornehmlich in Preußen zu suchen. Es kommt jetzt darauf an, was die verantwortlichen Politiker Preußens zu dem Vorschlag zu sagen haben. Ihnen kommt die Entscheidung darüber in erster Linie zu, ob die Reichsreform zu einem guten Ende geführt werden kann. In den mittleren und kleineren Ländern des Reiches macht die Erkenntnis für die Reichsreform gute Fortschritte, selbst Württemberg und Thüringen stehen nicht mehr abseits. Ist, wie vorgesehen, im September d. J. auch das Organisationsreferat beraten, und hat dann noch der Ausschuh der Länderkonferenz gesprochen, dann wird in letzterer selbst Preußen verkünden müssen, ob es auf den Boden der gemachten Reformvorschläge treten kann. Mit platonischen Erklärungen geht es, so glaube ich, dann nicht mehr ab. Wird Preußen seine Mission, in der deutschen Republik aufzugehen, erfüllen, oder deswegen, weil der dezentralisierte Einheitsstaat nicht mit einem Sprung zu erreichen ist, resigniert zur Seite stehen? Das sind die Schicksalsfragen, die sich jetzt aus den Beratungen der Unterausschüsse heraus entwickeln.

Noch eine weitere Fragestellung zeigt sich an. Der Herr bayerische Ministerpräsident stützt sich mit seinem Argument, der in Berlin vorhandene Dualismus sei gar nicht von der Bedeutung, wie immer behauptet werde, auf angebliche Aussagen seines preussischen Kollegen. Sollen wir das interessante, wenn auch nicht liebliche Schauspiel erleben, diese beiden Staatsmänner in gemeinsamer Abneigung (freilich aus diametral entgegengesetzten Motiven) gegen den nunmehr vom Unterausschuß der Länderkonferenz akzeptierten Lösungsversuch zu setzen?

Item: Das Ergebnis der am 5. und 6. Juli im Unterausschuß gehaltenen Beratungen über die für die Reichsreform gemachten Vorschläge kann bei Berücksichtigung der Schwierigkeiten des Problems durchaus befriedigend sein. Die Verhandlungen konzentrierten sich auf die nunmehr scharf umrissenen Fragenkomplexe, und sie zeitigten eine große Geschlossenheit des politischen Willens. Damit geht es für das Fortstadium der gesetzten Ziele an die letzte, allerdings auch an die beschwerlichste Wegetrede.

Dann hat die Reichsregierung das Wort, wobei sie zu zeigen haben wird, ob sie die Kraft hat, die für die Reichsreform zum Abschluß gedachten Vorarbeiten in eine erfolgreiche gesetzgeberische Aktion umzumünzen.

Innenminister Dr. Kemmele bei der Pforzheimer Polizei

Innenminister Dr. Kemmele besichtigte in Begleitung des Min. Rats Dr. Ward und des Polizeiobersten Blankenhorn in der Polizeidirektion die Pforzheimer Gesamtpolizei und richtete dabei an die Polizeibeamten eine Ansprache, wobei er nach einem kurzen Rückblick auf die verflochtenen 10 Jahre polizeilicher Tätigkeit in Baden über die Bedeutung der Polizei, ihren Aufgabekreis und ihre Verbundenheit mit dem Staatsgange sprach. Er ermahnte die Beamten, ihre Dienstaufgaben stets in strengster Sachlichkeit zu erfüllen.

Jahresfeier der Handelshochschule Mannheim

Verleihung des Promotionsrechtes

Am Freitagmittag fand in der Mannheimer Handelshochschule die Jahresfeier statt, die dadurch einen besonders festlichen Charakter erfuhr, daß damit die Verleihung des Promotionsrechtes erfolgte. Hierbei hielt der Minister des Kultus und Unterrichts, Dr. Reers, folgende Ansprache:

Es ist mir eine große Freude, Ihnen bei der Jahresfeier der Handelshochschule Mannheim die Mitteilung machen zu können, daß ein alter Wunsch der Handelshochschule nun dadurch erfüllt worden ist, daß vor wenigen Tagen das Staatsministerium auf meinen Antrag, den ich in voller Übereinstimmung mit der Stadt Mannheim und mit dem Senat der Handelshochschule Mannheim stellen konnte, diejenigen Satzungsänderungen genehmigt hat, die es der Handelshochschule ermöglichen, künftig Studierende zum Doktor zu promovieren. Die Handelshochschule Mannheim hat somit nunmehr das Promotionsrecht erlangt; ich beglückwünsche hierzu die Handelshochschule herzlich und hoffe, daß es ihr immer gelingen möge, von diesem Recht zur Förderung ihrer Wissenschaft Gebrauch zu machen.

Wie ich schon vorhin erwähnt habe, hat bei der Handelshochschule Mannheim schon seit Jahren der Wunsch bestanden, daß es auch ihr ermöglicht werde, den Doktorgrad zu verleihen. Dieser Wunsch war berechtigt. Mußte doch immer wieder festgestellt werden, daß Studierende, deren wissenschaftliche Betätigung die Dogenen hoch schätzen durften, ihr Studium nicht in Mannheim beendigten, sondern an Hochschulen übergingen, an denen sie zum Doktor promovieren konnten. Darin lag unzweifelhaft ein starkes Hindernis für die Entfaltung der Handelshochschule und auf die Dauer eine Gefahr für den Ausbau ihrer wissenschaftlichen Arbeit und für ihre Vertiefung bei den Studierenden. Das sind die ersten Gründe, die seitens der Regierung als berechtigt anerkannt werden mußten, und die uns dahin geführt haben, auch der jüngsten unter den badischen Hochschulen dieses hohe akademische Recht zu verleihen.

Als vor kurzem hier das Jubiläum des Mannheimer Nationaltheaters gefeiert wurde, durfte ich rühmend hervorheben, daß den Bürgern Mannheims stets Liebe zur Kunst und erfolgreicher Eifer in Handel und Industrie in harmonischer Verbindung zu eigen war. Wenn ich damals Mannheimer Verständnis und Opferwilligkeit für die Kunst rühmend erwähnte, so darf ich heute dessen gedenken, welche große Taten die Männer der Wirtschaft in Mannheim im Handel und Industrie vollbracht haben. Mit unermüdelichem Fleiß haben sie tiefe Kenntnisse und hochgefeuerte Fähigkeiten für die Arbeit in dem immer komplizierter werdenden Organismus der Wirtschaft vereinigt. Schon vor geraumer Zeit haben Männer des praktischen Wirtschaftslebens nicht verkannt, daß die dauernde Sicherung der Blüte wirtschaftlichen Lebens und des für seine schweren Aufgaben befähigten Nachwuchses erfordert, sich mit den Problemen des kaufmännischen und industriellen Betriebes auch wissenschaftlich zu beschäftigen und der kaufmännischen Jugend eine geeignete wissenschaftliche Ausbildung in ihrem Fach zu geben. Mit Dankbarkeit dürfen wir darauf zurückblicken, daß Bürgerfinn und Opferwilligkeit in dieser Stadt einst zur Gründung der Handelshochschule geführt haben, und sie bis heute trotz aller Not der Zeit blühend erhalten. Ich hege die feste Zuversicht, daß die Handelshochschule Mannheim auf dieser Grundlage auch weiterhin wachsen und gedeihen möge. Man kann unser Land Baden ein Land der Hochschulen nennen, besitzt es doch bei einer verhältnismäßig geringen Einwohnerzahl vier blühende Hochschulen. Wenn auch das Verhältnis der Handelshochschule Mannheim zur Regierung des Landes ein anderes ist, als das altüberkommene der zwei Landesuniversitäten und der Technischen Hochschule, so glaube ich doch, daß Sie in der Ihnen kundgegebenen neuesten Entscheidung des Staatsministeriums einen Beweis dafür erblicken können, daß die Landesregierung auch dem Ziele und der Arbeit der Handelshochschule Mannheim volles Verständnis und stets aufmerksame Fürsorge entgegenbringt, soweit es in ihrer Macht steht. Das wache Bewußtsein dessen, was alles der Stadt Mannheim und ihrer Wirtschaft durch Krieg und Kriegsfolge widerfahren ist, und die Pflicht, der größten Handels- und Industriestadt Badens in ihrem Streben nach Aufwärts nach Kräften beizustehen, mußte ein Ansporn sein, die Fürsorge für die Handelshochschule Mannheim in Erfüllung eines alten, als berechtigt erkannten Wunsches zu betätigen.

Die Handelshochschule Mannheim hat bisher stets sich freundschaftlicher Beziehungen zu den anderen Hochschulen des Landes erfreuen dürfen. Ich hoffe, daß auch künftig, nachdem durch Verleihung eines hohen Ehrenrechtes ihre akademische Gestalt vollendet worden ist, freundschaftliche Beziehungen und geistige Anregungen zwischen der Handelshochschule und den anderen Hochschulen des Landes herüber und hinüber gehen. Ich bin überzeugt, daß die Handelshochschule es als eine Ehrensache betrachten wird, von ihrem Promotionsrecht zur Förderung der Wissenschaft den vornehmsten Gebrauch zu machen, um sich darinnen mit den anderen Hochschulen des Landes die Hand zu reichen. In diesem Vertrauen grüße ich am heutigen festlichen Tag Rektor und Senat, den Lehrkörper und die Studentenschaft der Handelshochschule mit dem Wunsch, daß ihre Arbeit der Stadt Mannheim zum Erfolg und dem Lande Baden zur Ehre, der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volke zum Segen gereichen möge.

Die Heidelberger Studentenschaft für den neuen Zusammenschluß

Bekanntlich befaßte sich der Allgemeine Studentenausschuß (Asta) in Heidelberg in einer Sitzung am 18. Juni mit der bedauerlichen Zerissenheit innerhalb der Studentenschaft, und erreichte die Annahme einer Entschließung, in der bestimmte Richtlinien für einen neuen Zusammenschluß aufgestellt wurden. Die Großdeutsche Studentenschaft erhob gegen zwei Punkte dieser Entschließung aus formellen Gründen Einspruch. Nimmere hatte sich eine neue Asta-Sitzung mit dieser Angelegenheit zu befassen. Am möglichst eine Einigung zu erzielen, hatte die freistudentische Gruppe versucht, eine gemeinsame, für alle Gruppen annehmbare Basis zu finden. Sie hatte zu den umstrittenen Punkten der ersten Resolution Zusätze beantragt, und zwar: Punkt 8: „Jede parteipolitische, rassenpolitische und religiöse Betätigung ist abzulehnen,“ erhält folgenden Zusatz: „Es bleibt den einzelnen Gruppen innerhalb der zu erstrebenden allgemeinen deutschen Studentenschaft überlassen, ihre Stellungnahme zu rassenpolitischen Fragen zu vertreten.“ Punkt 9: „Der großdeutsche Aufbau ist zu erstreben. Voran aber steht die staatliche Anerkennung und der reichsdeutsche Zusammenschluß“ soll folgenden Zusatz erhalten: „Neben dem reichsdeutschen Zusammenschluß fordern wir gleichzeitig eine enge Zusammenarbeit mit sämtlichen deutschen Studententretungen an den außerdeutschen Hochschulen.“ Die Ansprache war außerordentlich lebhaft und führte schließlich zu dem Ergebnis, daß der freistudentische Antrag mit 21 gegen 18 Stimmen angenommen wurde.

Schulfestern zum zehnjährigen Bestehen der Reichsverfassung

Minister Dr. Reers hat an die Leiter und Lehrer der ihm unterstellten Schulen und Anstalten folgende Bekanntmachung erlassen:

Am Sonntag, den 11. August d. J., fährt sich zum zehntenmal der Tag der Schaffung des Weimarer Verfassungswerkes, das den Grundstein für Deutschlands Wiederaufbau legte. Es entspricht der geschichtlichen Bedeutung des Tages, seiner in besonders würdiger Weise zu gedenken. Aus diesem Grunde sind die diesjährigen Schulfestereien entsprechend feierlich zu gestalten. Den Mittelpunkt dieser Feiern hat eine der Bedeutung des Tages angemessene Ansprache zu bilden. Durch musikalische und deklamatorische Darbietungen ist diese Ansprache zu umrahmen. An der Feier haben sämtliche Lehrer und Schüler teilzunehmen. Falls es zur Erhöhung der Feierlichkeit zweckmäßig erscheint, kann die Schulfesterei mit einem Sport- oder Spielfest verbunden werden.

In den Schulen, welche am Samstag, den 10. August 1929, keine Ferien haben, ist die Verfassungsfeier an diesem Tage, der im übrigen unterrichtsfrei ist, abzuhalten. Für die anderen Schulen ist für die Schulfesterei der letzte Tag vor den Ferien, der dann gleichfalls schulfrei ist, zu wählen.

In den Gewerbe- und Handelsschulen und in den allgemeinen und gewerblichen Fortbildungsschulen können die Feiern nötigenfalls auf die Festansprache beschränkt werden. In diesen Schulen werden die Feiern am 10. August für die Klassen abgehalten, die an diesem Tage Unterricht haben. Für die übrigen Klassen werden die Schulfestereien an den vorhergehenden Unterrichtstagen in der letzten Unterrichtsstunde abgehalten; nach Schluß der Feiern sind die Schüler zu entlassen. Die Feiern dieser Schulen können klassenweise durch die Klassenlehrer abgehalten werden. Soweit die Gewerbe- und Handelsschulen sowie die allgemeinen und gewerblichen Fortbildungsschulen am 10. August Ferien haben, gelten die Anordnungen dieses Absatzes sinngemäß für den letzten Unterrichtstag der betreffenden Klassen vor den Ferien.

Französisches Konsulat Karlsruhe

Aus Anlaß des französischen Nationalfeiertages ist, wie uns mitgeteilt wird, das Büro des französischen Konsulats in Karlsruhe auch am Montag, den 15. Juli, geschlossen. Für besonders dringende Fälle ist aber an diesem Tage ein Bereitschaftsdienst von 10 bis 12 Uhr eingerichtet.

Der Heidelberger Universitätsneubau

In den letzten Tagen weilten Vizepräsident Schürman und Gemahlin in Heidelberg. Der Rektor der Universität, Prof. Hellwig, berichtete dem Vizepräsidenten über die endgültige Genehmigung des Universitätsbauplanes durch die staatlichen und städtischen Instanzen. Der Vizepräsident äußerte sich sehr erfreut, daß nun mit dem Bau im August begonnen werden kann. Wie das „Heidelberger Tagebl.“ hört, hat auch der Landständische Ausschuss dem Bauprojekt zugestimmt, so daß jetzt alle Instanzen ihre Antwort gegeben haben.

Gemeinderundschau

Bürgermeister Johann Göb gestorben
Hd. Schwellingen, 11. Juli. Bürgermeister Johann Göb ist Donnerstag nacht 1/12 Uhr in einem Stuttgarter Sanatorium gestorben. Er war dort zur Erholung von einer schweren Krankheit. Bürgermeister Göb stand im 54. Lebensjahre. Der Verstorbene, der seit 1923 der Stadtgemeinde Schwellingen vorstand, hat sich vor allem um die Entwicklung Schwellingens als Fremdenstadt und die aktive Förderung des Wohnungsbaues besonders verdient gemacht. Am Montag findet in Schwellingen seine Beisetzung statt.

Bürgermeisterwahl in Endermettingen bei Waldshut. Mit 52 von 61 abgegebenen Stimmen wurde Sägewerksbesitzer Ernst Schmidt zum Bürgermeister von Endermettingen gewählt.

Aus der Landeshauptstadt

Bulgarische Gäste in Karlsruhe

Auf Einladung der Deutschen Akademie in München befinden sich zur Zeit 11 hervorragende Vertreter der bulgarischen Wissenschaft und Wirtschaft auf einer Studienreise durch Deutschland, um dessen geistige und industrielle Brennpunkte kennenzulernen. Von München aus kamen die Herren über Stuttgart und Pforzheim heute nach Karlsruhe, um als Gäste der Stadt und Handelskammer unsere Technische Hochschule, industrielle Betriebe und die großen Wasserkraftanlagen Badens zu besichtigen. Die bulgarische Reisegesellschaft setzt sich aus den angesehensten Vertretern der bulgarischen Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Von Gelehrten nehmen daran teil:

Professor der Geo- und Ethnographie Jschitoff, Professor der Nationalökonomie Danaloff (Präsident der Deutsch-bulgarischen Gesellschaft, Minister a. D., Abgeordneter), Professor der Archäologie Piloff, Professor der Medizin Moloff, Professor der Landwirtschaft Chlebaroff (Reg.-Sachverständiger), Professor der Germanistik Galaboff, von der Universität Sofia.

Als Vertreter der Wirtschaft:
Ingenieur Dosthoff (Generaldirektor der Staatseisenbahnen), Th. Papazoff (Präsident der Hypothekbank), Ingenieur Dr. Rantschew (Generalinspektor der Industrie beim Handelsministerium), Dr. Nikoloff (Sekretär der Handelskammer Burgas).

Als Vertreter der bulgarischen Presse:
Dr. Schischmanoff, Schriftsteller.

Die Gäste wurden am Freitagvormittag im Bürgeraal des Rathauses von Vertretern der Stadt und Handelskammer herzlich willkommen geheißen und begaben sich dann zur Technischen Hochschule, wo Direktor Prof. Kluge die bulgarische Reisegesellschaft begrüßte. Eingehend besichtigt wurde darauf unter Führung von Geh. Rat Prof. Dr. Rehbod das Flugbaulaboratorium. Für den Freitagnachmittag ist eine Besichtigung der Firma Wolff & Sohn, Parfümeriefabrik, daran anschließend eine Rundfahrt durch die Stadt und anschließend noch ein Besuch des Stadtparks vorgesehen. Am Samstag wird das Murgwerk und das Schwarzenbachwerk besichtigt werden.

Wir freuen uns, daß die bulgarischen Gäste auf ihrer Deutschlandfahrt auch unser badisches Land — am Donnerstag weilte die Reisegesellschaft in Pforzheim — besuchen. Die vielfachen zwischen Deutschland und Bulgarien bestehenden Wechselbeziehungen werden durch diesen Besuch auf jeden Fall verstärkt und sie werden sich schließlich zum Nutzen beider Länder auswirken. Aus diesem Grunde begrüßen auch wir die bulgarischen Gäste auf das herzlichste.

Schwurgericht. Als letzten Fall der fünften Tagung verhandelte das Karlsruher Schwurgericht am Donnerstag die Meineidsklage gegen den 33jährigen verheirateten, schon öfters vorbestraften Damenschneider Hugo Fleischmann aus Frankfurt a. M., zuletzt in Karlsruhe wohnhaft. Der Angeklagte, der ein bewegtes Leben hinter sich hat und bereits im Jahre 1924 wegen Meineids vom Schwurgericht Stuttgart zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus verurteilt wurde, wird heute beschuldigt, unter Eid falsche Zeugenaussagen gemacht zu haben. Das Urteil des Schwurgerichts spricht gegen Fleischmann wegen Meineids eine Zuchthausstrafe von einem Jahr drei Monaten, abzüglich drei Monate Untersuchungshaft aus; dem Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt, außerdem wurde auf dauernde Eidesunfähigkeit erkannt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Das kontinentale Hochdruckgebiet, unter dessen Einfluß seit einigen Tagen sommerliches Wetter herrscht, erscheint zwar besonders in seinem östlichen Teil seit gestern etwas verflacht, wird aber durch eine im Westen heranziehende Hochdruckwelle wieder neu gestärkt werden. Eine Änderung des bestehenden Witterungscharakters steht daher voraussichtlich noch nicht bevor. Wetterausblick: Fortdauer des heiteren Sommerwetters.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Heidelberg, 10. Juli. Wie die „Neuesten Nachrichten“ schreiben, war schon früher geplant, bei der Schaffung des Neckarkanals dicht unterhalb Heidelbergs auch einen Hafen einzurichten, in dem die für Heidelberg bestimmten Frachten, vor allem die ziemlich großen Kohlenmengen, direkt von den Rheinfähren her hätten ausgeladen werden können. Dieser Plan zerfiel sich aber seinerzeit in erster Linie wegen Geldmangels, zweitens aus Mangel an einem nahegelegenen Platz und drittens wohl auch deshalb, weil man eine solche Anlage nicht für unbedingte nötig hielt. Jetzt erkennt man aber doch, daß es besser gewesen wäre, wenn man seinerzeit diese kleine Hafenanlage gleich mitgebaut hätte. Es schweben deshalb zur Zeit Erwägungen darüber, ob es nicht doch noch möglich ist, eine solche Hafenanlage unterhalb Heidelbergs ohne allzu große Kosten einzurichten.

Hd. Baden-Baden, 11. Juli. Das „Badener Tagblatt“ bringt einen Artikel zum Fall des Rechtsanwalts Dr. Herrmann, der bekanntlich am 19. Juni, gedrängt von seinen Gläubigern, nach Veruntreuung von anbetrautem Vermögen freiwillig den Tod gesucht und gefunden hat. Danach ist Dr. Herrmann nach Mitteilung von authentischer Seite einer raffinierten Hochstaplerin in die Irre geraten, die es verband, ihn jahrelang finanziell in Anspruch zu nehmen.

Hd. Offenburg, 10. Juli. Das Schwurgericht Offenburg hatte sich mit dem etwa 50 Jahre alten Jakob Siegfried zu befassen. Dieser hatte vor dem Amtsgericht Offenburg vor einiger Zeit den Offenbarungseid geleistet und den Besitz verschiedener ihm gehöriger Gegenstände dem Gericht verschwiegen. Im übrigen machte er geltend, daß er vor dem Amtsgericht nur einen rein menschlichen Eid geleistet hätte, vor Gott dürfe man nicht schwören. Persönliches Eigentum gäbe es nach Auffassung der Bibel nicht und dergleichen mehr. Das Gericht trat aber der Auffassung des Bibelforschers nicht bei und verurteilte ihn zu einem Jahr Zuchthaus, 3 Jahren Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und zur dauernden Eidesunfähigkeit, unter Anrechnung einer 10wöchentlichen Untersuchungshaft.

Hd. Freiburg, 10. Juli. Der Landesverband badischer Schreinermeister, Ortsgruppe Freiburg, teilt mit, daß, falls die in den Streit getretenen Gesellen im Streit verharren sollten, zum Schutze der betroffenen Betriebe eine allgemeine Aussperrung vorgenommen würde.

Hd. Freiburg i. Br., 11. Juli. Im Rahmen des Katholikentages in Freiburg wird auch der Deutsche Caritasverband seine diesjährige Generalversammlung unter dem Thema „Caritas und Laienapostolat“ abhalten. Da mehrere karitative Fachverbände größere Tagungen mit dem Freiburger Katholikentag verbinden, und da auch innerhalb der Vertretertagung eine besondere Caritassektion vorgesehen ist, so werden sicher viele in der Caritasarbeit stehende Katholiken zum Katholikentag nach Freiburg kommen.

Hd. Engen, 11. Juli. Stadtpfarrer Delan Weber blühte auf eine vierjährige Wirkamkeit als Seelsorger zurück. Die Pfarrgemeinde ließ es sich nicht nehmen, am Sonntagabend mit einer schlichten Feier in seiner Wohnung ihrem Danke und ihren Glückwünschen Ausdruck zu geben.

Spielplan der Sommeroperette

von 13. bis 21. Juli.
Beginn jeweils 20 Uhr.
In Konzerthaus.
Samstag, 13. Juli: Premiere „Die Dollarprinzessin“.
Sonntag, 14. Juli: „Die Dollarprinzessin“.
Montag, 15. Juli: „Die Dollarprinzessin“.
Dienstag, 16. Juli: „Die Dollarprinzessin“.
Mittwoch, 17. Juli: „Die Dollarprinzessin“.
Donnerstag, 18. Juli: Premiere „Eine Frau von Format“.
Freitag, 19. Juli: „Eine Frau von Format“.
Samstag, 20. Juli: „Eine Frau von Format“.
Sonntag, 21. Juli: Premiere „Schwarzwaldbädel“, Gastspiel Marta Brach.

Wollen Sie Veränderungen in Ihrer Familie, seien es freudige oder traurige Ereignisse, Ihren Kollegen und Bekannten mitteilen, so erreichen Sie dieses durch eine Anzeige in der

Karlsruher Zeitung

BADISCHER STAATSANZEIGER

Jeder badische Beamte liest sie, jede badische Staats- oder städtische Behörde nimmt davon Kenntnis

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Aufgebot.
Der Oberamtspfleger und Gemeinderat Friedrich Bödner in Rürtingen als Nachlasspfleger für die Erben der am 23. Februar 1929 verstorbenen Margarete Weg Witwe geb. Pfänder in Rürtingen hat beantragt, den verschollenen Weber Konrad Weg, geb. 19. Dezember 1848 in Auingen, zuletzt in Pflanzheim-Kislau wohnhaft, für tot zu erklären.

Der Genannte wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Mittwoch, den 21. Mai 1930 vormittags 11 Uhr

Kaufmann in Karlsruhe, vor dem unterzeichneten Gericht II. Stod, Zimmer Nr. 9, anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

Alle, die Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen geben können, werden aufgefordert, dies spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht anzuzeigen.

Amtsgericht I.

§ 247. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Adolf Stein Nachf., alleiniger Inhaber Josef Weiß,

§ 256. Offenburg. Über den Nachlaß des am 8. auf 9. Mai 1929 in Offenburg verstorbenen Hoteliers Alfons Schwarz wird heute, am 9. Juli 1929, vormittags 8 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Kornmeier in Offenburg wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 23. Juli 1929 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Verbeibaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigeranschlusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag, den 30. Juli 1929, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 23. Juli 1929 Anzeige zu machen.

Offenburg, 9. Juli 1929.
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Amtsgerichts III.

Bekanntmachung.
§ 257. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma Rothelber u. Seifert Hader-Sortieranstalt in Urloffen bei Appenweier und deren Inhaber, des Kaufmanns Georg Rothelber in Offenburg und des Kaufmanns Ernst Richard Seifert in Karlsruhe, ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf:

Freitag, den 19. Juli 1929, vormittags 9 Uhr vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 17.

Offenburg, 8. Juli 1929.
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Amtsgerichts III.

Bruchsal. § 257. Güterrechtsregisteramt Band III S. 199 Brunner, Karl Christian, Bauarbeiter in Bruchsal, und Maria geb. Berthold. Vertrag vom 17. Mai 1929 Gütertrennung des BGB. Bruchsal, 10. Juli 1929. Amtsgericht I.

Detektiv „Argus“ Mannheim Planken 6, 6. Schwanstraße 33/35 A. Maier & Co., G.m.b.H.



Die Dollarprinzessin

Wir eröffnen morgen Samstag, 13. Juli, 20 Uhr, mit:

Die Dollarprinzessin

Vorverkauf bei Musikalienhandlung Fritz Müller, Musikhaus Schläpfe und Vorverkaufsorte in an der Konzerthauskasse von 10—13 Uhr u. von 17—19 Uhr

Eintrittspreise: 1,20 bis 4,50 RM. einschl. Steuer

Bekanntmachung.

Der am 1. August 1929 fällige Zinschein Nr. 13 zur Reichsschuldverschreibung unserer 5%igen Kohlenanleihe von 1923 gelangt bei den in den Anleihebedingungen näher bezeichneten Stellen mit

0,44 RM für 17,50 RM und mit 0,51 RM für 1 Tonne Kohle

zur Auszahlung.

Karlsruhe, den 10. Juli 1929.

Badische Landeselektrizitätsversorgung

Urtiengesellschaft (Badenwerk).

Möbel

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 38
Kein Laden, daher billigste Preise 493